

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckanstalt: Neudruck Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Nur für Nachbestellungen: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.- M., vierteljährlich 42.- M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
Die einpaltige 37 mal breite Seite 4.- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Eltern- u. Wohnungsmarkt, 1-paltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Einzelnnummer 70 Pf.

Schiffvermittlung und Anzeigengeschäfte:  
Martenstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von "Eysch & Reichardt in Dresden."  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Bergmanns Zahnpasta**  
**Rosodont**  
man sucht vergeblich nach besserem  
Überall erhältlich

**Blesch-Weinstuben**  
Prager Straße  
Täglich: Künstler-Konzert  
Gute Küche / Gutgepflegte Weine / Spez.: „Bleschplatte“.

**Konditorei u. Café**  
STÄHELENER STRASSE 3  
**Uhlich** 2 MINUTEN VOM HAUPTBAHNHOF  
Gorten — Baumkuchen — Kaffeegebäck

## Die Eisenbahner vor der Entscheidung.

### Stürmische Verhandlungen der Reichsgewerkschaft.

**Drohmeldeung unserer Berliner Schriftleitung.**  
Berlin, 31. Jan. Die Sitzung des Hauptvorstandes der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, in der über den Streik Beschluß gefaßt werden sollte, verlief stürmisch. Die Verhandlungen begannen nachmittags 2 Uhr und zogen sich bis in die Nachtstunden hin. Der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne, leitete die Verhandlungen selbst. Es waren insgesamt 30 Vertreter der Beamten aus Berlin und dem Reich anwesend. Man hatte absichtlich nicht die Geschäftsräume der Reichsgewerkschaft gewählt, da einzelne Mitglieder des Vorstandes der Aufforderung des Reichsverkehrsministers, an ihre Dienststelle zurückzukehren, nicht gefolgt waren.

#### Die Oppositionsgruppe.

Die den Streik verurteilt, hatte sich im Laufe des gestrigen Tages noch etwas vergrößert; doch standen der radikalen Richtung von Anfang an nur etwa acht Vertreter von Beamten gegenüber, die scharf gegen die Verhandlungsvorgänge waren. Vor allem bezweifelten sie das Recht des erweiterten Vorstandes, über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg einen Beschluß zu fassen, der nicht nur für die Beamten selbst die aller schwersten Folgen haben könne. Der erweiterte Vorstand hätte die Verhandlungen des Ausschusses abwarten müssen, ehe er überhaupt die Mitglieder zu einer Aktion aufrufen konnte. Das Angebot der Regierung sei unannehmbar gewesen. Die Reichsgewerkschaft müsse den Mut aufbringen, ihren Mitgliedern im Lande zu sagen, daß die innere und außenpolitische Lage des Reiches im Augenblick so schwierig sei, daß jede schwere Erschütterung unübersehbare Folgen haben würde. Die Vertreter der Unterbeamten, besonders die Lokomotivführer

erklärten dagegen, daß die Jugendskandalle der Regierung für viele Schichten der mittleren und unteren Beamten unannehmbar seien. Sowohl der Finanz- als auch der Reichsverkehrsminister hätten es an dem nötigen Willen zur Verständigung fehlen lassen. Anherberauschende Debatten entspannen sich über die Regierungs-erklärungen, die ein energisches Vorgehen gegen die Beamten ankündigten, die sich an dem Streik beteiligen würden. Diese Maßnahme der Regierung bedrohe letzten Endes überhaupt die Koalitionsfreiheit der Beamten.

Die Vertreter des Streikbankens erklärten, daß sie trotz aller Warnungen der Regierung die

Führung übernehmen würden, doch verlangten sie, daß bei etwaigen Maßnahmen die Eisenbahnbeamten sich hinter die Leitung stellen und sie deckten.

Es wurde hierauf bekanntgegeben, daß die Reichsgewerkschaft der Reichsgewerkschaft, die für den Streik eintreten, in dieser Richtung bereits das Notwendige veranlaßt hätten. Es seien ferner gezeichnet worden, aus denen hervorgehe, daß finanzielle Unterstützung erhalten sollten. Die Debatten wurden gegen 7 Uhr abends so erregt, daß der Vorsitzende die Sitzung auf einige Zeit unterbrechen mußte. Bis 10 Uhr abends war noch kein Beschluß gefaßt.

#### Solidaritätserklärungen der Ortsgruppen Dresden und Leipzig.

Die Ortsgruppe Dresden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter teilt mit auf Anfrage mit, daß ihre Haltung in der Streikfrage, zu der sie in einer Versammlung am 22. Januar Stellung genommen hat, unverändert sei. Sie ist gewillt, dem Streikbeschlusse des Hauptvorstandes in Berlin im gegebenen Augenblicke Folge zu leisten.

Leipzig. In der heutigen Vorbereitungsversammlung der Eisenbahngewerkschaft Leipzig erklärte diese, daß sie im Streikfall sich zu den übrigen Gewerkschaften solidarisch verhalten würde. Von einer auch nur teilweisen Einstellung des Zugverkehrs in Leipzig kann keine Rede sein.

#### Eindringliche Warnung des Präsidenten der Dresdner Eisenbahn-Generaldirektion.

Dresden, 31. Jan. Der Präsident der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden hat folgenden Anruf erlassen:

An alle Eisenbahner!

Jeder Beamte, der sich an einem Streik beteiligt, verletzt seine Pflicht auf das Schwerste, und es wird das Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet werden. In letzter Stunde warne ich deshalb nochmals alle Bediensteten eindringlich vor der Beteiligung an einem Streik und vor jeder Unterstützung darauf gerichteter Vorkommnisse, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, wie in dem ihrer Familien, sondern auch im Interesse unseres Vaterlandes, mit dessen Wohl wir alle untrennbar verbunden sind.

(W. L. W.)

Dr. Meitnis, Präsident.

## Die Vorgeschichte der Streifbewegung.

### Aufklärungen der Regierung im Hauptauschuß.

**Drohmeldeung unserer Berliner Schriftleitung.**  
Berlin, 31. Jan. Im Hauptauschuß des Reichstags wurden heute regierungsmäßig Aufklärungen über die Vorgeschichte der Auslandsbewegung in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner gegeben und auf die Befolgsanordnungen durch Weich vom 11. Nov. hingewiesen. Schon am 3. Dez. stellte der Deutsche Beamtenbund die bekannten von den übrigen Spitzenverbänden mit unterzeichneten Forderungen auf, in denen wiederum mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine nochmals grundlegenden Neuereuerung der Beamtenbesoldung verlangt wurde, und zwar in einem Ausmaße, daß die große Mehrzahl der Beamten und Staatsbediensteten

Erhöhungen von mehr als 50 Prozent, in manchen Fällen sogar mehr als 70 Prozent der kurz vorher festgesetzten Gesamtbezüge.

Die Arbeiter einen Lohnausgleich von 48 bis 70 Prozent der neuen Gesamtbezüge erhalten haben würden, und daß das Reich, die Länder und die Kommunen mit einem Gesamtaufwande von 50 bis 60 Milliarden Mark für diese Forderungen zu rechnen hätten. Am 13. Dezember antwortete der Reichsminister der Finanzen dem Deutschen Beamtenbund, daß diese Forderungen die gebotene Rücksichtnahme auf die allgemeine Volkswirtschaft und auf die Finanzlage des Reiches vermissen ließe und es ihm daher nicht möglich sei, sie als Grundlage für Verhandlungen anzusehen. Am 21. Januar stimmte der Reichstag der Regierungsvorlage zu. In dieser Plenarsitzung gab der Vertreter des Reichsfinanzministeriums die Erklärung ab, es entspreche durchaus der Absicht der Reichsregierung, nach Berücksichtigung der Vorlage baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über alle Besoldungsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme mit den Parteien des Reichstages in aller Ruhe und Gründlichkeit zu prüfen.

Obwohl der Beamtenauschuß des Reichstages sofort an die Bearbeitung aller dieser Fragen ging, hat die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner am 20. Januar dem Reichstag, dem Reichsverkehrsminister und dem Reichsfinanzminister eine Entschließung vorgelegt, in der die Forderung der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne erneut erhoben, eine bindende Erklärung über die Annahme oder Ablehnung dieser Forderungen binnen fünf Tagen verlangt und für den Fall der Ablehnung die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels in Aussicht gestellt wurde.

Bei der gestrigen Besprechung mit den Vertretern der Länder wurde die Frage erörtert, ob für die Beamten an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen Wirtschaftsbereitschaften gewährt werden könnten. Die Mehrzahl der Vertreter äußerte Bedenken gegen eine solche dem Beamtenbesoldungsrecht an sich fremde Regelung, konnte sich aber der Notwendigkeit nicht verschließen, eine der Gewährleistung von Überlebensnotwendigkeiten an die Arbeiter entsprechende, aber den Besonderheiten des Beamtenverhältnisses angepaßte Maßnahme zu treffen. Der Reichsfinanzminister wird nunmehr der Reichsregierung eine solche Vorlage unterbreiten, durch die der Reichsfinanzminister ermächtigt werden soll, im Benehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Wirtschaftsbereitschaften in Anerkennung an die dem Reichsarbeitern zu gewährenden Überlebensnotwendigkeiten, andererseits in Anpassung an die Besonderheiten des Beamtenverhältnisses zu bewilligen.

#### Die Stellungnahme der Parteien.

Bei der Besprechung der Darlegungen des Reichsfinanzministers warnte Dr. Rosenfeld (LdD.), die Regierung, vor einem zu scharfen Vorgehen gegen die Beamtenenschaft. — Abg. Müller-Fraunke wies darauf hin, daß schon längst vor Abfertigung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft diese von langer Hand alle Vorbereitungen für einen Streik getroffen habe. Die Notlage verkenne keine Freunde nicht, aber 50 bis 60 Milliarden Mark Beamtenbesoldungserhöhung, wie sie das Ultimatum in seiner Auswirkung darstelle, könne keine Partei verantworten.

Stanzler (D. Sp.) betonte die absolute Unmöglichkeit der Erfüllung des Ultimatums der Reichsgewerkschaft. Abg. Dellins (Dem.) macht der Regierung den Vorwurf, daß

die Autorität nicht immer gewahrt worden sei, und daß man den vernünftigen Führern nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt und damit den Radikalismus unbewußt gefördert habe. Die Forderung von 50 bis 60 Milliarden könne nicht erfüllt werden, ohne Entgegenkommen wäre angebracht gewesen. Der letzte Streik sei ein Verbrechen, und die Regierung müsse fest bleiben.

Abg. Dr. Cuno (D. Sp.) spricht die Erwartung aus, daß die Regierung den Streikverhören der Eisenbahner mit äußerster Energie begegnen werde, da diese Verhören mit den öffentlichen Interessen unvereinbar seien. — Abg. Schulz-Bromberg (D. Sp.) und v. Guericke (Z.) verneinen grundsätzlich das Streikrecht der Beamenschaft. (Vorlesung des Reichstags Seite 2.)

## Der Reichshaushalt für 1922.

Der Reichsfinanzminister Dornes hat im Reichstage ein so vorzügliches Finanzexposé gegeben, daß man wünschen möchte, er übernehme das Amt des Reichsfinanzministers, das er jetzt nur „nebenbei“ verwaltet, endgültig. Es war eine wohlbedachte, klar und überflüssig aufgebaute Rede, die alle ins Gewicht fallenden Fragen scharf beleuchtete und ohne beschönigenden Optimismus ein ungefühltes Bild unserer finanziellen Lage zeichnete, wie es wirklich ist. Ein ganz kleiner Nachteil ist insofern vorhanden, als der ordentliche Haushalt zum erstenmal einen Ueberschuß in Höhe von 10 1/2 Milliarden aufweist. Wendet man aber den Blick von dieser bescheidenen Stelle zum außerordentlichen Etat, so findet man unter der Rubrik Kontributionshaushalt die kolossale Summe von 228 Milliarden verzeichnet. Vor dieser Riesenzahl verblaßt sich schon und schwindert der schwache Hoffnungsstrahl, der auf Grund des Ueberschusses im ordentlichen Etat im ersten Augenblicke aufleuchten wollte, und übrig bleibt nur das schwere gewichtige Wort des Ministers, daß der Haushaltsplan für 1922 ganz unter dem Zeichen der ungeheuren Lasten steht, welche die Erfüllung des Friedensvertrages dem deutschen Volke auferlegt. Ein Etat, der mit solchen Unsummen belastet ist, kann überhaupt nicht in Ordnung gebracht werden, wenn nicht der Revisionsprozeß bei dem Grundübel ansetzt und eine geeignete Regelung des Reparationsproblems auf einer mit der deutschen Leistungsfähigkeit zu vereinbarenden Grundlage in die Wege geleitet wird. Es ist dankenswert, daß der Minister diesen Stand der Dinge klar und scharf herausgemerkt und darauf verzichtet hat, die Feststellung der Wahrheit mit den an anderer Regierungsstelle so sehr beliebten Erfüllungssphären zu verdrängen. Auch in der Steuerfrage hat der Minister mit kräftiger Hand in den von der Entente vorbereiteten Fuß von Unrichtigkeiten hineingegriffen und gründlich mit der Legende aufgeräumt, daß der deutsche Steuerzahler weniger Lasten zu tragen habe, als der französische und englische. Das Gegenteil ist richtig und wenn die Vertreter der Entente in Deutschland ein offenes Auge für die empfindlichen Einschränkungen besitzen, denen sich in allen Schichten des deutschen Volkes, mit Ausnahme weniger Bevorzugter, jeder Haushalt ausnahmslos aussetzen muß, wenn sie sich die Mühe nehmen, einmal etwas tiefer in die Belastung einzudringen, die der große deutsche Besitz zu tragen hat, dann würden sie begreifen lernen, wie schwer das Leben für die ungeheure Mehrheit der deutschen Nation geworden ist. Gewiß, wir sind ein besetztes Volk und müssen uns deshalb damit abfinden, daß auf eine lange Reihe von Jahren der alte Wohlstand nicht wiederkehren kann, sondern daß wir alle mehr oder minder unsere Lebenshaltung auf ein bescheidenes Maß herabzudrücken haben, damit wir unseren Verpflichtungen gegenüber den Siegerstaaten gerecht werden können. Das erkennen wir grundsätzlich durchaus an. Wir wehren uns aber mit aller Kraft gegen zu weit gehende Zumutungen, die uns in einen Zustand von andauernder Verklavung gegenüber der Entente verwerfen würden, wie er tatsächlich mit dem jetzigen Reparationsprogramm verbunden wäre, wenn dieses rigoros bis zum bitteren Ende durchgeführt würde. Hier muß deshalb der Hebel zur Besserung angefaßt werden, und das hat auch der Minister wiederholt mit allem Nachdruck betont. Auch mit Hilfe der Zwangsanleihe wird es nicht gelingen, den Reparationshaushalt zu balancieren. Die Zwangsanleihe aber ist das letzte Opfer, zu dem das deutsche Volk auf steuerlichem Gebiete überhaupt noch fähig ist. Dann muß es unerbittlich heißen: „Bis hierher und nicht weiter!“ Damit ist Deutschland dann in finanzieller Hinsicht völlig ausgepowert und mit der Erfüllungsmöglichkeit hat es dann ein für allemal ein Ende. Dann gibt es nur noch als einzigen Weg die Verminderung der Reparationslasten auf ein für die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft erträgliches Maß. Nur so kann Deutschland und mit ihm Europa wieder auf einen grünen Zweig kommen, und wenn die Konferenz in Genoa wirklich einen Markstein im Sinne der Wiederherstellung der europäischen Lebensfähigkeit und der Neubelebung von Handel und Wandel bedeuten soll, dann wird sie in erster Linie einen neuen, auf Gerechtigkeit und Billigkeit beruhenden Reparationsplan beschließen müssen. Deutschlands Wiedergeburt hängt letzten Endes davon ab, daß nach Stilllegung der Notepresse unsere Zahlungsbilanz wieder aktiv wird. Zudem der Minister diesen Gesichtspunkt hervorhob, richtete er zugleich an die Adressen der Ältesten die Mahnung, sich darüber nicht zu täuschen, daß eine aktive Zahlungsbilanz und die Befreiung der Inflation mit erheblichen Reparationsleistungen nicht vereinbar seien. Die deutschen Delegierten in Genoa werden die Sache der Nation nicht besser und wirksamer vertreten können als dadurch, daß sie diese vom Minister Dornes ausgesprochene Wahrheit in allen Tonarten wiederholen und mit den bündigsten Beweisen im einzelnen belegen.

Sehr wohlthuend berührt die energische Sprache, die der Minister gegenüber den frivolsten Störungen des wirtschaftlichen Lebens durch wilde Streiks gefunden hat. Wenn künftig die Reichsregierung wirklich das tut, was der



# Fortsetzung der Etatdebatte im Reichstag.

(Nachmeldung unserer Berliner Korrespondenz.)

Berlin, 31. Jan. Auf Anfrage des Abg. Wölklein (Unabh. Dts.) erwidert Frau Ministerialrat Dr. Bäumer: Die Prüfung für den Einjährig-Freiwilligen Dienst ist insofern abgeschafft, als sie als Vorbedingung für den Eintritt in bestimmte Berufe vorgegeben war. Eine endgültige Regelung ist erst möglich, wenn die organische Umgestaltung unserer Schulwesen zu einem gewissen Abschluss gelangt ist.

Abg. Dr. Wandersch (D. S.) beschwert sich darüber, daß der sächsische Ministerpräsident in der Anstellungsangelegenheit des sächsischen Vereins „Die Brüder vom Stein“ in ein schwebendes Verwaltungsgerichtsverfahren eingegriffen habe, was dem Artikel 107 der Reichsverfassung widerspreche. — Ministerialdirektor Dr. Brecht bekräftigt, daß es sich um einen Eingriff in ein schwebendes Verwaltungsgerichtsverfahren handle. Der nach sächsischem Recht von dem Verein eingelegte Rekurs bringe nicht ein Verwaltungsgerichtsverfahren in Gang, sondern nur ein Verwaltungsgerichtsverfahren in einem solchen Falle, indem er eine dem Verein gültige Entscheidung verhindert habe, bis ein strafrechtliches Verfahren gegen den Verein zum Abschluß gelangt ist. Die Reichsregierung sieht keinen Anlaß, einzugreifen.

Abg. Dr. Philipp (D. R.) wünscht die Herstellung besonderer Briefmarken für die Leipziger Messe.

Die Reichspostverwaltung habe dies abgelehnt, dagegen für die bevorstehende Generalversammlung in München als Ausnahme die Herstellung von Sonderbriefmarken genehmigt. — Oberpostamt Leipzig: Die Generalversammlung in München ist kein öffentliches festliches Ereignis, sondern ein geschäftliches Unternehmen außerordentlichster Art, das bei der Unmöglichkeit, in absehbarer Zeit eine Weltausstellung zu veranstalten, besonders wichtig ist, weil man damit rechnet, die Deutschen jenseits der Reichsgrenzen als Aussteller heranzuziehen. Bei aller Würdigung der Leipziger Messe treffen diese Gründe für sie aber nicht zu. Andere Messen würden die gleiche Forderung stellen.

In drei Anfragen des Abg. v. Schöck (D. Sp.) werden Ausstellungen von Besatzungstruppen

festgestellt. Ein fünfzehnjähriges Mädchen wurde durch zwei berittene Gendarmen schwer mißhandelt. Ein Düsseldorf-Hilfsarbeiter mit seiner Frau wurde von belagerten Soldaten angehalten, die die Frau belästigten. Der Arbeiter wurde am Knie erheblich verletzt. In Duisburg wurde einer Auwärterin von einem belagerten Soldaten eine Geldbörse von 475 M. entwendet. Andere Verletzungen wurden mißhandelt. — Ministerialrat Dr. Schneider stellt fest, daß die Vorfälle sich tatsächlich wie geschildert ausgetragen haben. Die Täter sind noch nicht zur Verantwortung gezogen. Dann wird die erste Lesung des Reichshandlungsplanes

fortgesetzt. — Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Die Zwangsanleihe halten wir an und für sich nicht für ein Mittel, die Finanzen dauernd in Ordnung zu halten. Grundlegend ist eine Neuordnung unserer Finanzen ohne gründliche Änderung unserer Reparationsverpflichtungen unmöglich. Der Verwaltungsapparat im Reich ist unbedingt zu stark. Redner kritisiert dann die ungenügenden Verhältnisse im Reichsfinanzministerium. Die Eisenbahn darf niemals entnationalisiert werden, ihr Betrieb muß von Grund auf anders gehalten werden. Die Forderungen der Eisenbahnbeamten dürfen nicht überhöht werden.

Wenn es nicht gelinge, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß die richtigen Einkünfte zahlen zurückgeben, so wird es in den nächsten Jahren traurig bei uns aussehen.

Die Landwirtschaft hat, wie zugegeben ist, in den letzten Jahren gut verdient. Sie hat das Geld aber hauptsächlich in Düngemittel und neue Maschinen gesteckt. Die bäuerliche Bevölkerung sollte bedenken, daß in dem arm gewordenen Deutschland die Landwirtschaft eine doppelt so hohe Bedeutung hat. Die Presse befindet sich gegenwärtig in einer großen Notlage. Die Eisenbahnverwaltung sollte daher dem Wunsch des Reichstages nach Vergebung des Seltungsdruckpapiers in eine niedrigere Tarifklasse nachkommen. Bei der Ordnung unserer inneren Verhältnisse müssen wir die großen Gegenstände unter uns überwinden, sonst werden wir niemals die notwendige einseitige Linie in der Außenpolitik erreichen. Der Mittelstand ist bei der großen sozialen und finanziellen Umschichtung des deutschen Volkes getrümmert worden. Wenn wir aus der Sympathie der Reparationsleistungen herauskommen, dann lassen wir in die Charaktere der Schulden. (Sehr richtig!) Die Aufgabe der Kommission bei Beratung des Etats wird daher zunächst die rückständige Ordnung des Verwaltungsapparates sein.

Abg. Erising (Centr.): Seit drei Jahren wird überall im Lande und in allen Kommissionen Sparbarkeit gepredigt, andererseits werden in den Ausschüssen immer wieder neue Anträge auf Vermittlung von Geld eingebracht.

Wir hier im Reichstag haben die Pflicht, mit der Sparbarkeit endlich einmal zu beginnen.

Die Regierung muß gegenüber dem Ultimatum der Reichsregierung der Eisenbahner hart bleiben. Ein Ultimatum an die Regierung ist ein Ultimatum an das deutsche Volk. (Laut des Abg. Gölle in Romm.) (Schöne Logik!) Streikrecht ist mit Beamtenrecht unvereinbar. (Hört, hört, links.) Wenn die Beamten ein Streikrecht haben wollen, darf es kein Beamtenrecht mehr geben. Unter den Augen der Reichsregierung der Eisenbahnbeamten befindet sich auch ein Rufus an das deutsche Volk, in dem behauptet wird, daß für die Beamten im letzten Jahre so gut wie nichts getan worden sei. Das ist eine grobe Unwahrheit. Allein in den letzten sechs Monaten sind rund 20 Millionen Mark für die Beamten ausgeworfen worden. Trotzdem bitten wir die Regierung, den berechtigten Wünschen des kleineren Personalstandes bewußten Personalstandes so weit als möglich entgegenzukommen.

## Vor dem Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen.

(Eigene Information der Dresdner Post.)  
Berlin, 31. Jan. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, werden Ende Februar wahrscheinlich die deutsch-polnischen Verhandlungen beendet sein. 14 Tage später müßte dann von den abgehandelten Abverhandlungen die Ratifikation des Abkommens erfolgen. Nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden beginnen die Fristen zu laufen, die durch die Entscheidung des Völkerbundes festgelegt sind. Die polnische Behörde muß im Laufe eines Monats die

Verwaltung im polnischen Teil Oberschlesiens übernehmen. Dabei dürfen sich recht erhebliche Schwierigkeiten herausstellen. Die polnische Regierung beschließt, an Stelle des Oberbergamts Breslau ein Oberbergamt in Katowitz einzurichten. Neudorfbergamt werden in Katowitz, Adonshütte, Rybnitz und Tarnowitz errichtet werden. Die wirtschaftliche Entwicklung des polnischen Teiles von Oberschlesien wird, wie aus Neuierungen führender polnischer Wirtschaftler und aus ausländischer Regierungsbeamten hervorgeht, nicht sehr rosig beurteilt. Die ober-schlesischen Verkaufsbünde haben ihre Verkaufszentrale in Berlin bereits abgebaut, und die Laifche, daß polnische Elemente in großem Umfange auf die letzten Stellen der

Abg. Gense (L. S. V.) erklärt, die Streikbewegung der Eisenbahner sei angeht ihrer Haltung durchaus begründlich. Durch Erlasse, wie den des Ministers Proener & S. werde die Katastrophe nicht verhindert, sondern erst herbeigeführt. Die Kreditkassen der Industrie sei nur ein Mandat der Schwerindustrie, um die Reichsfinanzen unter ihre Kontrolle zu bringen. Gense polemisiert dann heftig gegen den Abg. Scheidemann und die Reichssozialdemokratie.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) weist die Neubewertung Scheidemanns zurück, daß eine neue Gefahr aus Bayern drohe. Die Reichsfinanzen seien unabweisbar. Durch Ankauf von Material werde nur gewisse Kreise des Landes neues Material geliefert. Das Steuerkommissariat bedeute einen schweren Eingriff in die Substanz des Vermögens. Bezüglich der Zwangssteuerung hätte seine Freunde große Bedenken. Das letzte Steuerreformgesetz für die Produktionssteigerung ein großes Verdienst dar. Eine sehr ernste Frage für diesen Etat seien die Finanzen der Gemeinden. Den Kommunen sei das selbständige Besteuerungsrecht genommen, doch hätten sie, wie das Reich, unter der gemäßigten Zehnerung aller Preise. Sie könnten nicht einmal den Kerntern der Armen, den Sozialrentnern, die nötige Unterstützung gewähren. Wie lange soll es noch weitergehen mit den hohen Gehältern und Subventionen in der in Liquidation befindlichen Kriegsgeldkassen? Keine Sparmaßnahme, kein Eingriff in die Substanz, keine Zwangsanleihe werde ausreichen, wenn nicht in Genua die Reparationslasten ganz wesentlich herabgemindert werden.

Reichsfinanzminister Dr. Gernig: Dr. Reichert hat einen Widerspruch zwischen meiner Rede und der Note an die Reparationskommission in der Frage der Lebensmittelaufschüsse feststellen wollen. Ein solcher Widerspruch besteht nicht. 1921 betrug die Aufschüsse insgesamt rund 225 Milliarden, demgegenüber 1922 nur noch eine Milliarde für die Verbilligung des Brotes. 1921 waren für die Verbilligung des Brotes allein noch 136 Milliarden notwendig. Dieser wesentliche Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die Verbilligungssaktion nur noch bis zum August dauert, also in diesem Jahre nur noch 4 1/2 Monate. Die Preise für das Umlageverleihen sind nicht erhöht worden. Die Besteuerung des Brotes ist also nicht ausgenutzt der deutschen Landwirtschaft erfolgt. Diese hat ihre Umlagepflicht bisher sehr gut erfüllt, und wir können unserer Vortragsform mit Ruhe entgegensehen. (Abg. Roemer: Bei 14 Mark mit Ruhe entgegensehen?) Es ist richtig, daß im außerordentlichen Etat der Betriebsverwaltung 22 Milliarden Aufschüsse aufgeführt sind, das ist aber kein Defizit, wie Dr. Reichert meint, sondern eine Anleihe für Erweiterung der Umlageverleihen. Solche Ausgaben wurden auch früher durch Anleihen gedeckt. — Darauf wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluß nach 7 1/2 Uhr.

## Die Etatberatung im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages wandte sich nach der Besprechung des drohenden Beamtenstreiks, worüber auf Seite 1 berichtet ist, der

### der Etatberatung

zu. Beim Etat des Reichspräsidenten verlangte Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) Freilassung der politischen Gefangenen. Ein deutschnationaler Antrag auf Erziehung des Pollens eines parlamentarischen Ministers ohne Spezialreferats wurde mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt. — Zu dem

Gesichtswort betr. den Rosenfeld der Reichsbank, der die Hinterlegung eines Teils der Goldbestände der Reichsbank bei einer ausländischen Zentralnotenbank zu vorübergehender Lombardierung vorschlägt, abt

### Präsident der Reichsbank Davenstein

bekannt, daß die Reichsbankverwaltung in dieser Richtung bereits mit der Bank von England Vereinbarungen getroffen habe. Eine solche Vereinbarung bedroht werden können, erweise eine Herabsetzung der banktechnischen Vorschriften aus Zweckmäßigkeitsgründen geboten. Die Abbedingung der Darlehen hätte zu erfolgen entweder durch die allmähliche und der Marktlage angepasste Umwandlung vorhandener Valuten in die Valuta des Darlehens oder dadurch, daß ausstehende Valutaforderungen später eingehen. Der Präsident wies darauf hin, daß nicht beabsichtigt sei, das in die Treffer der Bank von England zu führende deutsche Gold zu langfristigen Krediten für Reparationszwecke zu benutzen, sondern es handle sich lediglich um Kredite vorübergehender Art, um die banktechnischen Schwierigkeiten zu beheben, die für das deutsche Wirtschaftsleben bei Beschaffung der Devisen bestehen. Es solle Deutschland eine freiere Bewegung auf den Geldmärkten der Welt gesichert werden, nicht zum mindesten aber solle der Devisenspekulation Raum und Jagel angelegt werden. Auf die in der Presse geäußerten Bedenken erklärte der Präsident, daß die Bank von England sich dafür verbürgt habe, daß jederzeit auf Verlangen die Lizenz zur Wiederausfuhr des deutschen Goldes gewährt werden würde. Hinter dieser Erklärung ständen Name und Ehre der Bank von England und ihrer Leiter.

Abg. Hellfried beantragte, § 1 des Gesetzes loszulassen und zu befehlen: Es ist jedoch in den Reichsanweisungen und Jahresbilanzen der Reichsbank das im Auslande niedergelegte Gold als Teil von dem in ihren eigenen Kasernen befindliche Gold nachzuweisen. Der Ausschuss beschloß demgemäß. Auf eine Anfrage, aber welchen Devisenvorrat die Reichsbank jetzt verfüge, erwiderte Präsident Davenstein, daß in Gold umgerechnet etwa 75 Millionen Mark an Devisen vorhanden sind.

Abg. Datz (D. Sp.) hob hervor, daß, wenn durch dieses Gesetz dokumentiert würde, daß die Reichsbank ohne Guthaben im Auslande nicht ihre Funktionen erfüllen könne, dies für den gesamten deutschen Außenhandel im gleichen Maße zutrefte und daß daher die beabsichtigte Erhaltung deutschen Außenhandels im Auslande für die deutsche Industrie und unseren Außenhandel geradezu katastrophale Folgen haben müßte.

polnischen ober-schlesischen Industrie eindringen, erklärt die Industrie mit Vorbehalt.

Im deutschen Teile Oberschlesiens werden Gleiwitz und Dindenburg nach der Abtrennung des polnischen Teiles eine überragende Stellung einnehmen. Die Stadtverhältnisse im polnischen Teile Oberschlesiens sind sehr unklar, da es an juristischen Beamten mangelt. Die polnische Regierung, der bereits in Gollitz etwa 300 Richter fehlten, versucht deshalb, Richter aus Kongreßpolen und Pommern nach Oberschlesien zu versetzen.

### Ein unheilvoller Zwischenfall in Gleiwitz.

Gleiwitz, 31. Jan. In der letzten Nacht entstand in Petersdorf anlässlich der Durchsichtung eines Hauses nach Waffen eine Schießerei zwischen Zivilpersonen und französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete. Wie verlautet, haben die Franzosen 25 Verletzte und 2 Tote zu beklagen. Infolge dieses Vorfalls wurde von der Interalliierten Kommission der Belagerungszustand für die Zeit von abends 8 Uhr bis 5 Uhr früh verhängt. Von 9 Uhr abends ab müssen die Straßen von den Passanten geräumt sein. (W. T. B.)

Gleiwitz, 31. Jan. Im Zusammenhang mit dem über Gleiwitz verhängten Belagerungszustand sind die blutigen Tageszeitungen unter Besensur gestellt worden, wie

Wintter als zweifellos bezeichnete, daß sie nämlich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nachdrücklich derartige Ausschreitungen entgegentritt, dann kann der gesamte schaffende Teil des deutschen Volkes wieder aufatmen und dann wird auch das allgemeine Vertrauen auf die innere Festigkeit des Reiches und auf die Stabilität des deutschen Wirtschaftslebens die so dringend nötige Stärkung erfahren. Sollte der drohende Konflikt mit den Eisenbahnen nicht zu vermeiden sein, so wäre gleich eine Gelegenheit gegeben, die Ernsthaftigkeit der Willensenergie, die hinter den Worten des Ministers auf Seiten der Reichsleitung steht, zu erproben. Die für den Streitfall in Aussicht genommenen Schutzmaßnahmen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und zur Sicherung der Ordnung und der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen haben nur dann Sinn und Zweck, wenn ihre rücksichtslose Durchführung gewährleistet und feierlich Sabotierung dabei gebildet wird. Der Prozeß der Wiedergewinnung des Kredits im Auslande wird sich für Deutschland um so eher vollziehen, je vollständiger durch die Tätigkeit der Reichsfinanzverwaltung der Beweis geliefert wird, daß nach der sinnlosen Verschwendung, welche die erste Zeit nach der Umwälzung kennzeichnet, fortan gewissenhafte Sparbarkeit auf allen Gebieten zum leitenden Grundgedanken erhoben und insbesondere auch in der Verminderung der Beamtenzahl und in der Vereinfachung des behördlichen Apparates zum Ausdruck gebracht werden soll.

Der Minister hatte keine Rede mit einem warmen Appell zur Begrüßung der parlamentarischen Streitart und zur Vertiefung der deutschen Volksgemeinschaft geschlossen. Der so erzielte harmonische und verbindliche Eindruck wurde in der Ansprache leider dadurch getrübt, daß der Abgeordnete Scheidemann, die unannehmliche und fatalste von allen durch die Umwälzung emporgewachsenen Verhältnisse, mit seinen kläglichen Ausfällen demissionäre, Scheidemann reizt seine agitatorische Phantasie mit Vorliebe zu schauerhafter Verleserung durch Verlesung von Dindenburg und Ludendorff in die Debatte. Es ist förmlich, als ob er diese zwei Begriffe braucht, um sich die erforderliche Anregung zu beschaffen und die er mit erkranktem Verstand und geistlichem Aufschwungem Temperament vorzutragen werden. Wenn andere Menschen Morphinum und Kokain brauchen, um sich in die richtige Form zu bringen, so nimmt Scheidemann eine Dosis Gift und Galle zu sich, die er aus den bezogenen zwei Namen schöpft, und dann geht der Spektakel los. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Reichert charakterisierte das Scheidemannsche Gebahren sehr allfällig als Theaterdonner. Wenn anstatt eines solchen Verhaltens, das selbst vor Reichsfinanzminister nationaler Größen wie Dindenburg und Ludendorff nicht zurückrecht, einmal ein bürgerlicher Abgeordneter der Geduld fassen reißt, so daß er dem Gehege der Röhre einen unparlamentarischen Ausbruch entlocken läßt, wie es dem Abgeordneten Dr. Heffrich passierte, so ist das menschlich nur zu begreiflich und verständlich, wenn es auch vom Standpunkte der parlamentarischen Ordnung aus nicht ungerührt bleiben darf. Auch der volksparteiliche Redner bedachte Scheidemann mit einer arbeitsreichen Abfuhr, so daß der sozialdemokratische Verunsampler deutscher nationaler Verhältnisse und Empfindungen genötigt wurde, sich auf die trostlose Minderwertigkeit seines Auftretens besinnen zu können. Bei derartigen Naturen hilft aber kein moralisches Mitleid und Schilteln, da sie gegen alle Forderungen von Empörung über ihr Verhalten durch die Eigenart ihres Charakters und ihrer Denkwelt geschützt sind. Bismarck hat einmal den Ausbruch getan, ihm sei der „Geruch der Opposition“ unweigerlich, der von gewissen Verhältnissen seiner parlamentarischen Gewohnheit abgibt. Bei Scheidemann kann man sagen, daß es der „Geruch der Opposition“ ist, der ihn nie verläßt und sein ganzer Tun und Lassen auf bürgerlicher Seite geradezu unerträglich macht. Scheidemann kommt aus den Niederungen einer rein agitatorischen Auffassung des gesamten politischen und wirtschaftlich-sozialen Geschehens überhaupt nicht heraus. Es ist ihm ganz unmöglich, die Dinge auch einmal von einer höheren Seite aus zu betrachten und den Beweggründen und Triebkräften, die auf nationaler Seite vorüberziehen, eine halbwegs unparteiliche Würdigung angedeihen zu lassen. Die Tribüne des Reichstages ist ihm nicht eine Stätte, an der er das öffentliche, allgemeine Interesse zu vertreten soll, sondern lediglich ein Zummelpfad für agitatorische Phrasen, die er ohne Rücksicht auf Bildung und Gehmaß zum Renker hinausschmettert, in der Meinung, dadurch seinen Nimbus bei der Bevölkerung der Sozialdemokratie zu stärken. Es scheint indessen, als wenn selbst einschüchternde sozialdemokratische Kreise die Scheidemannsche Plumpheit fast bekommen hätten und sich in heiligem Mitleid von seinen inhaltlich immer gleichen, durch den allseitigen Mangel an Geist und Willensgezeichneten Ausfällen absehen könnten. Das aktuelle Niveau der Reichssozialdemokratie wird in eben dem Maße herabgedrückt werden, wie Leute solchen Schlages in ihr das große Wort führen. Wenn die Führer der Partei auf beraten wären, so müßten sie Scheidemann endlich einmal kaltstellen und ihn verhindern, durch Abgabe seiner unangewandenen Agitationsreden den deutschen Parlamentarismus in Verfall zu bringen.

## Große Kreditgemeinschaft der Landwirtschaft

Dambura, 31. Jan. In einer Rede vor dem Damburzer Bürgerbund machte der Vorsitzende des Reichslandwirtschaftsrates Adler v. Braun Mitteilungen über das geplante landwirtschaftliche Hilfswerk und die mit ihm zusammenhängende Kreditgemeinschaft. Angelegte Untersuchungen haben ergeben, daß es durch Produktionssteigerung an sich möglich sei, die Einfuhr von landwirtschaftlichen Rohstoffen und Rohstoffen aus dem Auslande zu beheben zu können. Es müßte alles versucht werden, der gesamten Landwirtschaft die Erzeugnisse der modernen Agrarwissenschaft zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang müsse auch verstanden werden, daß die landwirtschaftlichen Berufsorgane größeren Einfluß auf die teilweise von wenig Fachkenntnis getriebenen Reklamationsmaßnahmen erhalten. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden sehr bald mit einem Schritt an die Weltmärkte treten, der für die Produktionssteigerung von Bedeutung sein werde. Verhandlungen der maßgebenden Kreise hätten dahin geführt, daß sich eine große Kreditgemeinschaft gebildet habe, die in erheblichem Umfange die Mittel für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse beschaffen würde. Dadurch würde erreicht, daß auch der kleinere landwirtschaftliche Besitz ertragsreicher würde. Untereinander hätten sich der Reichsverband der deutschen Industrie und der Reichsverband des Handwerks zur Unterstützung bereit erklärt und auch die christlichen Ministerpräsidenten Stegerwald hätten wissen lassen, daß sie dem großen Unternehmen sympathisch und verständnisvoll gegenüberstünden.

## Rathenau Minister des Heueren.

Berlin, 31. Jan. Der Reichspräsident hat Herrn Dr. Rathenau zum Reichsminister des Heueren ernannt. (W. T. B.)  
Nach Informationen von besonderer Seite dürfte die Ernennung vor allen Dingen auf Streben der Sozialdemokratie zurückzuführen sein, die die wertvolle Kraft Rathenaus bei den kommenden Verhandlungen in Genua und den schwerwiegenden innen- und außenpolitischen Fragen nicht entbehren wollte. Die Ernennung ist um so bemerkenswerter, als bei den Verhandlungen über das Steuerkompromiß die Deutsche Volkspartei persönliche Garantien gefordert und auch die Zulage erlangt hatte, daß Rathenau nicht in das Kabinett aufgenommen werden würde. In Kreisen der Deutschen Volkspartei hat die Ernennung Rathenaus demzufolge natürlich eine gewisse Bekürmung hervorgezogen.



# Derliches und Sächsisches.

## Eine neue Zusammenkunft der sozialistischen Minister.

Wie die „Sächsische Staatszeitung“ meldet, fand am Montag eine Ministerzusammenkunft der sozialistischen Minister von Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt in Leipzig statt. Besprochen wurde diesmal die Sozialreformfrage. Besprochen wurde diesmal die Sozialreformfrage. Besprochen wurde diesmal die Sozialreformfrage.

## Neue Landtagsvorlagen.

Die nachträgliche Einkommensteuer zur Unterstützung der Bekämpfung von Hausdamp für Kinderbewilligte in den außerordentlichen Haushaltsjahr 1922 betrifft eine Vorlage, die Ministerpräsident Bud dem Landtage zugehen ließ. Es sollen 250.000 Mk. für diesen Zweck eingehalten werden, und zwar soll der sächsische Staat diese Summe den Deutschen Hausdampwerten für deren sächsische Geschäftsstelle als Kredit einräumen. Zinseszins sollen 100.000 Mk. abgezinst werden, während die weitere Zahlung dann einbezogen werden soll, wenn die Entwicklung des sächsischen Internationals und die Art seiner Geschäftsführung den Erwartungen nicht entspricht.

Ein Pensionsabänderungs- und Ergänzungsgesetz für die Wehrdienst- und ihre Hinterbliebenen in weiterem dem Landtage zugegangen. Die Vorlage bringt den Wehrdienst und ihren Hinterbliebenen seine Verbesserung, denn in der Begründung des Gesetzentwurfs sagt die Regierung, daß für die Pensionsberechnungen höchstens die Höhe der Besoldungsgruppen X, XI und XII zugrunde zu legen seien, die am 30. Juni 1921 für die Beamten maßgebend waren. Die Regierung hebt ausdrücklich dem Standpunkte, daß weitere Neubewilligungen an die Kirche und ihre Geistlichen nicht bewilligt werden könnten.

## Neue Synodalvorlagen.

Das Evangelisch-lutherische Landeskonfessionssynodalrat hat der Landeskonfession den Entwurf eines Kirchengesetzes über die den Volkschullehrern für die nebenamtliche Versorgung des kirchlich-musikalischen Dienstes zu gewährende Vergütung zugehen. Eine weitere Vorlage betrifft den Beitritt der sächsischen evangelisch-lutherischen Pfarren zur Deutschen Evangelischen Kirchenbünde.

## Verkehrspolitik — Siedlungspolitik.

Die „Freie Arbeitsgemeinschaft für Arbeiterwohnungen e. V.“ (Weidwitsche Dresden-Kittstadt, Hauptstraße 6) bemüht sich seit langer Zeit, für ihre Verbandmitglieder wirtschaftliche Vergünstigungen zu schaffen, damit die Existenz der Siedler auf der eigenen Scholle und im eigenen Heim gesichert ist. U. a. ging das Behreben dieser Organisation auf die Erzielung von Fahrpreiserleichterungen für die an den Vorortlinien liegenden Siedlungen. Diese wiederholten Anträge hat nunmehr der Reichsverkehrsminister mit folgendem Schreiben an die Verbandleitung abgelehnt:

„In meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, Ihrem Antrage auf Ermäßigung der Fahrpreise zugunsten des Siedlungsverkehrs der Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz nachzugehen. Die für Berlin und Hamburg schon seit vielen Jahren bestehenden Vorortverkehre, auf die Sie sich berufen, erfordern erhebliche Zuschüsse, da die Einnahmen die Ausgaben bei weitem nicht decken. Diese Verlustwirtschaft ist an sich mit dem Zweck der Reichsverkehrsminister nicht vereinbar. Die Tarife für diese beiden Vorortverkehre müßten daher aufgehoben werden. Da aber die Siedlungs- und Siedlungsverhältnisse von Berlin und Hamburg schon seit vielen Jahren auf die billigeren Vororttarife eingestellt sind, ist ihre sofortige Beseitigung nicht möglich. Es bleibt nur übrig, ihre allmähliche Anpassung an die Tarife des allgemeinen Verkehrs anzustreben. Reinebstfalls kann bei der gegenwärtig ungenügenden Wirtschaftslage der Reichsbahnen dazu übergegangen werden, diese die Seidbahn nicht bedeckenden Tarife auch auf andere Großstädte zu übertragen.“

Mit der Parole „Umstellung sächsischer Bevölkerung auf Land“, die die Reichsregierung selbst mit ausgedehnt hat, steht diese Entscheidung in offenem Widerspruch.

## Aufnahmepflichtungen für die städtischen höheren Unterrichtsanstalten.

Für die bis zum 23. Februar für die Sexta der sächsischen höheren Unterrichtsanstalten angemeldeten Schüler, sowie für die für Klasse 6 der sächsischen höheren Mädchenschulen und für Obersekunda der dreijährigen Studienanstalt angemeldeten Schülerinnen sollen die Aufnahmepflichtungen Freitag den 21. Februar, vormittags 8 Uhr, für die für Untertertia der sechsstufigen Studienanstalt angemeldeten Schülerinnen Dienstag, den 28. März, vormittags 8 Uhr, stattfinden. Die Aufnahmepflichtungen für die übrigen Klassen finden am ersten Schultage nach Ostern (19. April) statt, ebenso die Prüfungen der

Schüler, die etwa noch nach dem 23. Februar für die Sexta angemeldet werden. Bei den höheren Mädchenschulen können Anmeldungen für Klasse 6 nicht mehr entgegen genommen werden. Die zu Prüfenden haben sich zu der angegebenen Zeit in den Schulen, für die sie angemeldet worden sind, einzufinden und einige halbe Bogen leersten Papiers, Federhalter und Feder mitzubringen.

## Gewerbeverein.

Ueber „Die atmosphärische Luft und ihre Verunreinigung“ sprach am Montag Gewerbeoberlehrer Kurt Decker in einem durch Experimente erläuterten Bildlicher-Vortrag. Das Mischungsverhältnis der Hauptbestandteile der Luft ist etwa das folgende: Stickstoff 78 Proz., Sauerstoff 21 Proz., Edelgase 1 Proz. Diese Zusammensetzung der Luft ist bis zu einer Höhe von 8000 Metern etwa dieselbe, also unabhängig von Klima, Bodenschichten und geographischer Lage nach Höhen und Breitengraden. Ganz beträchtlich sind die Beimengungen der Luft an Staub und Rauch, namentlich in den Großstädten; man hat berechnet, daß durch den Regen über eine Fläche von einer Quadratmetere jährlich 5 Tonnen (etwa 500 Kilogramm) Staub und Rauch aus der Luft heruntergewaschen und wieder auf dem Erdboden abgelagert werden. Ein erwachsener Mensch atmet täglich gegen 12 Kubikmeter Luft ein und aus; der dabei eingeatmete Sauerstoff wird nur etwa zu einem Fünftel vom Körper verarbeitet und zur Glutenerzeugung ausgenutzt; die ausgeatmete Kohlendioxid wird bekanntlich durch die Pflanzenwelt aufgesaugt und unter dem Einfluß des Sonnenlichtes zum Teil als Sauerstoff wieder ausgasnet. Auf diese Weise werden die Sauerstoffverluste der Luft wieder ersetzt. Im weiteren verbreiterte sich der Vortrag über die physikalischen Eigenschaften der Luft, namentlich über ihr Gewicht (die gesamte Erdatmosphäre wiegt 5,2 Trillionen Kilogramm), ihre Dehnbarkeit, ihre Leitfähigkeit für Schall, Wärme und Elektrizität, wobei festgestellt wurde, daß die Luft ein sehr schlechter Wärmeleiter ist, seine Leitfähigkeit ist daher bei anderer Kleidung, bei Doppeldeckeln, Hausmanern und der vorerwähnten Isolator gegenüber der Lufttemperatur. Im zweiten Vortragsteil besprach Redner sodann die Verunreinigung der Luft und deren Abwendung. Theoretisch hatten der Franzose Gay-Lussac und der Engländer Priestley bereits 1777 ein Verfahren der Herstellung kohliger Luft gefunden. Eine praktische Verwendung der kohligen Luft und zugleich in weitestlicher Veredlung des Gewinnungsverfahrens datiert aber erst aus dem Jahre 1895, in dem der Münchner Professor Vöde die Luft unter gleichzeitiger Anwendung sehr niedriger Temperaturen (— 181 Grad Celsius) und hohen Druckes (200 Atmosphären) in größeren Mengen verflüssigt und zugleich die Herstellung von Sauerstoff und Stickstoff in rationeller Weise zu betreiben lehrte. Die kohlige Gewinnung des Stickstoffes (als Düngemittel) aus der atmosphärischen Luft hat bekanntlich während des Weltkrieges ganz wesentlich unter Durchhalten gefördert und ist heute noch für die Landwirtschaft von höchster Bedeutung. An Experimenten mit kohliger Luft (die die Dresdener Sauerstoffwerke für den Vortrag zur Verfügung gestellt hatten) wurde zum Schluß deren mannigfaltige Verwendung zu künstlicher Kühlungsmittel (in Kühlhäusern usw.), zur Herstellung von Sprengstoffen und dergleichen dargestellt. Querschnitte wurde mit Hilfe der kohligen Luft schmelzbar gemacht; Alkohol, Äther, Salzsäure wurden zum Erhitzen gebracht; Blumen, Wälder, Kartoffeln, Wägen wurden abgetrocknet und zerrieben unter Hammerhieben an Splitteln usw. — Der festliche Vortrag fand großen Beifall. — Vorher hatte der Vorsitzende Professor Dr. Vöde nicht weniger als 14 Jubilare, die dem Gewerbeverein seit einem Vierteljahrhundert angehören, beiläufigen Gedenken; 8 Mitglieder wurden neu aufgenommen, 9 neu angemeldet.

Ein preussischer Geschäftsträger in Dresden. Der bisherige Vertreter Preussens in Bagnern, Ministerialrat Dr. Schellen, ist nach Dresden versetzt worden und wird hier bereits in den nächsten Tagen sein Amt als preussischer Geschäftsträger antreten. Seit dem Auscheiden des letzten preussischen Gesandten in Dresden v. Berner im November 1921 wurden die Geschäfte von Legationssekretär Winkler geführt.

Bei der Bekämpfung des Landtagsabgeordneten Siederer am gestrigen Dienstag nachmittag waren u. a. anwesend die sächsischen Staatsminister beider sozialistischer Richtungen, Ministerialdirektor Dr. Schulz, Oberregierungsrat Dr. Bogomil, der Vorstand und die Kanalbeamten des Landtags, die Vertreter der Landtagsfraktionen einschließlich der bäuerlichen, die auch sämtlich hatten kräftige Niederlagen. Nach Orgelvorspiel und einem Liebes des Buchdrucker-Gewerksvereins richtete Ministerpräsident Bud Dankesworte an den Verstorbenen, der wohl Gegner der Auffassung, aber seine Bemühungen habe, da er ein Mensch von lauterem Charakter, ehler Bestimmung und treuer Hingabe gewesen sei. Im Namen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion sprach Stadtverordneter-Vorsitzer Kühn, der es sich bei dieser Gelegenheit allerdings nicht verlagern konnte, Anspiele auf den „verlesenen Volksherrn“ zu richten. Weiter sprachen Landtagsabgeordneter Wolfenbüttel im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,

Landtagsabgeordneter Wirth für das Personal der „Dresdener Volkszeitung“, Landtagsabgeordneter Meise für die Unabhängigen, Sekretär Tempel für die freien Gewerkschaften, Landtagsabgeordneter Czeri für die Kommunisten, Präsident Krahbort für den sächsischen Landtag, ferner je ein Vertreter der Lausitzer Arbeiterschaft und der niederschlesischen Sozialdemokraten. Mit Gelang und Orgelspiel sang die Feier aus.

Deutsche Volkspartei. Auf Veranlassung des Ortsvereins Dresden der Deutschen Volkspartei werden Montag den 13. Februar, der Sieger vom Stogerrat, Admiral Scheer und die Reichstagsabgeordnete Frau v. Oheim im Vereinshaus, Stugendorferstraße, Vorträge halten.

Die Allgem. ev.-luth. Konferenz hält Dienstag, den 7. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in Dresden, Ammonstr. 6, die zweite Gruppenversammlung dieses Jahres ab. Pastor Häbener wird über „Grundrissliches zur Kirchenversammlung“ sprechen. Mitteilungen über die Konferenzarbeit in neuester Zeit folgen dem Vortrag.

Evangelischer Bund. Bei der heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im Weißen Saal der „Drei Aden“ stattfindenden Bundesversammlung spricht Oberstudienrat Dr. Goldberg über „Rom vor und nach dem Umsturz“, im Anschluß daran berichtet P. Kleinwirth-Leuben über das neue Barburgprogramm des Bundes.

Ortsgruppe Dresden des Deutschen Offizier-Bundes. Der Vorstand und die Mitglieder des D. O. B. sind vom 11. D. D. auf Freitag abends 8 Uhr in Kneißel Restaurant, Große Brädergasse 2, zu dem Vortrag des Generals Maercker: „Rückblick auf die deutsche Kolonialpolitik“ eingeladen worden.

Dresdener Verein der Alerkennende (Alerkennend) e. V. Die Geschäftsstelle des Vereins — früher im Amtsgericht (Vortragstr. 1) — befindet sich ab 1. Februar Moritzstraße 4, 2.

Die Neuhäbener Realschule veranstaltet Freitag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr, und Sonnabend, den 4. Februar, abends 8 Uhr, eine Aufführung aus „Die Hugenotten“ von Friedrich Schiller unter dem Titel: „Vom deutschen Rhein“ (Gedichte, Bilder, Lichtbilder). Alle ehemaligen Schüler und Freunde der Anstalt werden dazu eingeladen. Karten am Eingang.

Verschiedene Straßenbahnwünsche hat der Dresdener Bürgererrat dem Straßenbahnausschuß des Stadtverordneten-Kollektivs in einer Eingabe unterbreitet. Es heißt darin: „Unsere Ortsgruppe Dresden-Neuhäbener steht auf dem Standpunkt, daß von einer Unrentabilität der Linie 16 nicht gesprochen werden kann, besonders für den Teil Lindesches Bad—Hauptbahnhof. Unsere Ortsgruppe erklärt, daß nach dem Wegfall der Linie 16 die Hälfte der Haupter Straße, Albertplatz, Hauptstraße und der Schloßplatz keine günstige Verbindung mit dem Hauptbahnhof mehr haben würden. Die Aufrechterhaltung der Linie 16 müßte daher unter allen Umständen gewährleistet sein. Als Mithing wird es empfunden, daß die Extrawagen mit Anhänger, die täglich nach Schluß der Arbeit zum Arsenat geschickt werden, um dort zu warten, bis die Arbeiter aus den Arbeitshütten kommen, auf der Fahrt nach dem Arsenat keine Passagiere mitnehmen, sondern als Sonderwagen leer fahren. Es würde die Rentabilität dieser Wagen wesentlich erhöhen, wenn sie auf der Fahrt zum Arsenat vom Publikum benutzt werden dürften. Unsere Ortsgruppe Johannstadt-Striesen-Grüna stellt uns mit, daß in Grüna eine direkte Verbindung mit dem Hauptbahnhof gewünscht wird. Allgemein wird von unseren Ortsgruppen der Wunsch ausgesprochen, daß die während des Krieges und späterhin eingesetzten Haltestellen wieder in Betrieb genommen werden müßten, um durch die Schaffung von kurzen Strecken eine härtere Anrechnung zur Benutzung der Straßenbahn zu geben. In vielen Fällen wird heute auf die Benutzung der Straßenbahn verzichtet, weil der Weg zur nächsten Haltestelle zu weit erscheint, um dann für die abfolgende Fahrt noch den hohen Fahrpreis anzulegen.“

Ein neuer Mehlplatz in Leipzig. In Leipzig fand die Grundsteinlegung eines neuen Mehlplatzes „Mehlhaus Union“ in der Hallischen Straße statt. Drei alte Häuser sind dort abgebrochen worden. Das neue Mehlhaus wird eine Front von 19 Metern an der Hallischen Straße und eine Front von 19 Metern an der Richard-Wagner-Straße einnehmen. Im Erdgeschoß soll eine Reihe moderner Läden eingebaut werden, in denen u. a. ein Bankgeschäft, ein Hamburger Wäffler und ein Weinrestaurant Aufnahme finden. Es ist ferner eine Passage vorgesehen, in der große Kontorräume eingerichtet werden sollen. Hier wird ein großer Raum reserviert für die Vereinigung Leipziger Banken und Bankierfirmen zur Abwicklung ihrer Geschäfte an börsenfreien Tagen. Ferner plant die Leipziger Verkehrsspeditionsfirma Hartzob einen Empfangsraum für die südamerikanischen Güterzüge. Auch ein Zimmer für die Vertreter der Auslandspresse soll Platz finden. Im übrigen dienen alle Räume lediglich Ausstellungswecken und sind fast sämtlich vermietet. Insbesondere werden im Mehlhaus Union die größten Exporteure aus der Spielwarenbranche ausstellen, hauptsächlich Firmen aus Sonneberg und Nürnberg. Außerdem sind eine Reihe von Lederwarenfabriken

# Kunst und Wissenschaft.

† Dresdener Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Higoletto“ (48). Schauspielhaus: „Der spielende Gros“ (48). Neuhäbener Schauspielhaus: „Der Weg in die Christnacht“ (3); „Die spanische Flieger“ (48). Residenz-Theater: „Die Espringen“ (44); „Schäm dich — Votte“ (48). Central-Theater: „Widder, der Ruchnader“ (44); „Die Braut des Luculus“ (48).

† Verhart Hauptmann in Dresden. Verhart Hauptmann ist zu den Proben seines Dramas „Judipoddi“, das am Staatlichen Schauspielhaus zu Dresden die Uraufführung erleben soll, eingetroffen.

† Konferenzium in Dresden. Am dem 1. Präsnungs-Sonnet am Donnerstag (21. abends 7 Uhr, im Vereinshaus und gelangen zur Aufführung: Klavierkonzerte von Beethoven, Mendelssohn, Alnors (zum 1. Male), Klavierkonzerte von Wagner, Violinische von Pleigtemp, Klavierkonzerte von Duhon, Gesänge von Brahms, Duette von Drezal, Eintrachtsliedern im Konferenzium, Landhausstraße 11, 2.

† „Dresdener Woche“. Ein kritisches Blatt für Kunst und kulturelles Leben in Dresden will die neue Zeitschrift „Dresdener Woche“ sein, deren erstes Heft schon erschienen ist. (Verlag Alfred Waldheim & Co., Dresden.) Als Herausgeber zeichnet Carl Johann Perl, die Verlagsleitung führt Hofrat Otto Schambach. Der Inhalt des ersten Heftes ist sehr reichhaltig und gibt einen Überblick über die Gebiete, auf denen die „Dresdener Woche“ kritisch fördern wirken will. Aufsätze über Theaterfragen schreiben Intendant Dr. Neudecker, Geheimrat Lehers, Direktor Wiede, Dr. Karl Wolff, über Kunstpflege in Sachsen schreibt Georg Erb, Besprechungen über Oper, Schauspiel und Vuderscheinungen liefern Karl Perl und E. Schmidt. Film, Sport, Mode sind mit Artikeln einbezogen und eine Preisaufrage fordert zur Verantwortung der Frage: „Ist Dresden eine Kunststadt?“ auf. Den Bildschmuck liefern Carl Trautsch, Stephan Dirzel und Leonhard Pantz, der mit einer Steinzeichnung des Bildnisses von Richard Strauß vertritt ist. Gedichte von Bonfeld und Hagenleber und reiches Nachrichtenmaterial füllen das schöngezeichnete Heft.

† Die Not der Musiklehrer. Wiso Not, geschäftsführender Vorsitzender der Organisation Deutscher Musiklehrkräfte, wickelt in der „Zeitschrift für Musik“ darauf hin, wie sehr die weniger Bemittelten Musiklehrer, vor allem aber die Musiklehrer dadurch geschädigt werden, daß heute auch gebrauchte Klaviere — ein neues zu kaufen, ist für die meisten ja unerschwinglich — in Menge in ins Ausland ver-

kauft werden. Der Privatbesitzer läßt sich meist von dem Klavierhändler bereuen, ihm seine alte „Drahtkommode“ für einen hohen Preis abzugeben, und dann wird das Instrument sofort nach dem Zustand veräußert. Die Leidtragenden sind die Musiklehrer, die Komponisten, der reelle Klavierhandel und vor allem die Musikwelt. Um diese Tatsache unmöglich zu machen, ist eine Eingabe an die Regierung unterzeichnet, die ein Ausführungsverbot für alte Klaviere fordert. Ebenso dringend notwendig aber ist es, daß alle wirklichen Musikfreunde die Klaviere austauschen, die sich durch den sadenscheinigen Glanz einzelner Papierlappen verführen lassen. Die privaten Verkäufer müssen sich bewusst werden, wie sehr sie durch ihr Handeln die Allgemeinheit schädigen, und gewissenlosen Händlern mit ernstlichen und ausgelegten Worten die Füre weisen.

† Der Strindberg-Preis, der alljährlich an Strindbergs Geburtstag dem besten Buch verliehen wird, das die Verführung der Völker fördert, ist dieses Jahr dem Werke „Krieg und Frieden“ von Maximilian Gorden zuerkannt worden. — Gorden vor dem Kriege bekam als Preisgeber eines Präsidentskrieges — jetzt Preisträger für Völkerverführung!

† Ein weiterer Preis für Krebsbekämpfung. Angeregt durch die Stiftung von 20000 Reichsmark für ein wirksames Heilverfahren gegen Krebs durch Lord Dholstan, hat Sir William Ross in Manchester weitere 10000 Pfund für den gleichen Zweck bestimmt. Der Preis soll demjenigen Studierenden oder Arzt verliehen werden, der innerhalb der nächsten fünf Jahre dem „Royal College of Physicians and Surgeons“ in London nachweist, daß er ein wirksames, nicht chirurgisches Verfahren gegen Krebs entdeckt hat. Der Stifter hat vor einigen Jahren an einer Krebsbildung an der Lippe gelitten, die als Krebs bezeichnet und erst später als autarkie erkannt worden war; dies hat ihn veranlaßt, das seinige zur Bekämpfung der Krankheit beitragen zu wollen.

## Bogomil Dawison und Siegwart Friedmann.

Eine Erinnerung am 50. Todestage Dawisons, 1. Februar.

Von Johannes Reichelt (Egon Ritter), Dresden. Man hat, es habe unter den Namen nur einen Richard III. gegeben, Bogomil Dawison. Ganz Budapest sprach von dem Gott, von keinem milderdeutschen Temperament. Man brachte ihm die eigenartigen Suldlaunnen.

Am nächsten Morgen schließt ein hochaufschossener blauer Hängling zum Quartier Dawisons. Man merkt ihm kaum keine 19 Jahre an. Ins Hotel „Gräbergog

Stephan“ senkt er seine Schritte, wo der Meister wohnt. Er soll ihm aus seiner Seele helfen, das Urteil des Meisters über sein Talent will er hören und danach handeln. Wenn dieser Künstler ein Wort der Anerkennung fände, dann könnte auch der strenge Vater, der durchaus aus ihm einen tüchtigen Kaufmann machen wollte, sich dem Schicksal und Wünschen des Sohnes nicht mehr widersetzen.

Mit vornehmer Derablassung bringt der Portier dem flehenden Anhängler die Antwort des Meisters: Bogomil Dawison ist für niemanden, den er nicht kennt, zu sprechen.

Eine schlaflose Nacht mehr. Der verwirrte Kunstjäger, Siegwart Friedmann ist sein Name, schreibt einen bewegten Brief an den Meister, schildert ihm den Konflikt seiner armen Seele und bittet das Urteil des Meisters über sein Talent. Dawison läßt ihn zu sich kommen. Er ist erfreut über die kommende Wut des Kämpfers und findet Wohlgefallen an seiner schlauen Gestalt und der wohlklingenden Sprache.

„Was wollen Sie mir vorsprechen?“

Freundlich lächelnd vernimmt der Meister das Repertoire des kunstgeheirten Jünglings. Er wählt die Szene aus „Don Carlos“, in der König Philipp mit dem Infanten aussetzt. Inhaft beginnt Friedmann seinen Part, und Dawison wirkt mit nachlässiger Kräfte die Gegenreden hin. Friedmann erzählt in seinen „Erinnerungen“ selbst darüber: „Nach der ersten Bekanntschaft erwarnte und hegte ich mich ein Spiel daran, daß auch der Meister mit vollem Ausdruck den König Philipp spielte, und zum Schluß der Szene war und beiden so warm geworden, als ob wir auf offener Bühne mitten in der Vorlesung ständen.“

So fand der Jüngling seinen Lehrer, den beiden, der mit unendlicher Liebe in seiner freien Zeit seine ganze Kraft ihm widmete. Siegwart Friedmann wurde der erste und einzige Schüler Dawisons. Er nahm ihn mit nach Dresden in sein Haus. Wie ein Vater sorgte Dawison für den lebensgeliebten Schüler. Jede freie Stunde widmete er seinem Schilling und sorgte für keine körperliche (er mußte reiten, schwimmen, turnen) und geistige Bildung. Auf allen Gebieten der einschlägigen Kunst sollte sein Schüler bewandert werden. Die Vielseitigkeit soll ihm nicht als Verwirrung, sie war ihm Einheit, Harmonie, Universalismus der Kunst. Mit suggestiver Macht wirkte der Meister auf den Jüngling. Einen besseren Lehrer als Bogomil Dawison, einen der größten Darsteller der Zeiten, konnte Siegwart Friedmann nicht finden.

Siegwart Friedmann hat immer mit rührender Hingabe und Liebe an seinem Lehrer gehalten. Mit Begeisterung spricht er von dem Künstler und Menschen.











# Die letzte Woche meines Inventur-Ausverkaufs

bietet meiner Kundschaft Gelegenheit, trotz steigender Preise und schwierigster Warenbeschaffung

## Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen

einzu kaufen.

Herren-Jackett-Anzüge	690, 590, 490	290
Herren-Jackett-Anzüge	990, 890	790
Herren-Jackett-Anzüge	z. T. Modelle	1200
Cutaways und Westen	990, 890	790
Herren-Hosen	150, 120, 89, 59	49
Herren-Paletots und Ulster	390	190
Herren-Ulster und Schöpfer	990, 690	490
Herren-Paletots	1200, 890	690
Covercoats und Sommer-Paletots	1200, 990, 790	590
Herren-Regen- und Bozener Mäntel	690, 390	250
Loden-Joppen	290, 195	98

Jünglings-Jackett-Anzüge	490, 375	290
Jünglings-Jackett-Anzüge	890, 650	590
Jünglings-Schöpfer	690, 550	390
Konfirmanten-Anzüge	990, 650, 350	290
Jünglings-Hosen	89, 65	45
Knaben-Anzüge	390, 275, 190	98
Knaben-Schul- und Sport-Anzüge	525, 390	275
Knaben-Wasch-Anzüge und Blusen	125, 75	39
Knaben-Schöpfer und Pyjacks	350, 190	98
Schulhosen	42, 29	19
Leibchenhosen	39, 26	19

Schlosser-Jacke oder Hose	59
Malerkittel	125
Friseur-Jacke	89
Koch-, Keller- und Konditor-Jacken	89
Aerzte-, Laboratoriums- und Staub-Mäntel	125
Büro-Jacken	69
Herren-Nachthemd	125
Herren-Taghemd	83
Herren-Müte	55
Herren-Sportmützen	130
Selbinder	16

Ein Posten einzelner Herren-Unterzeuge und Socken in sehr guten Qualitäten zu billigen Preisen.

Auf Sport-, Geh- u. Fahrpelze  
**25 %**  
Preismäßigung.

Ein großer Posten  
**Stoff-Reste**  
geeignet für Herren-, Damen- und Knaben-  
kleidung, zu außerordentlich billigen Preisen.

Einzelne Mäntel und Kostüme  
meiner Damen-Abteilung  
weit unter Einkaufspreis.

Prager  
Straße

# ESDERS

Waisenhaus-  
straße

Größtes Herren-Bekleidungshaus

Seite 6  
Dresdner Nachrichten  
Mittwoch, 1. Februar 1922  
Nr. 54



Für Kinderfeste

enthält das neue

Ullstein-Album

für Masken

eine große Zahl reizender Modelle

Residenz Kaufhaus :: Modehaus Renner  
Gebr. Alsberg



**Kluger Leute**  
benützen stets die  
günstige Gelegenheit!

Musterkopie  
**gute Stoffe**

aller Art zu labelbilligen  
Grosspreisen  
95, 125, 150-225 M.  
Sonn und viele neue Muster  
Reisemuster.

**Eleg. Anzüge,**  
sehr n. in schöner Ausführung,  
elegant oder robust.  
850, 950, 1250 M.

Paletots, Hülter, Raglans  
Wohnverkleidung  
einarmiger Berliner Schürk.  
la Devant. 950-1050 M.  
Damen Anzüge.

**Bruno Brauer,**  
Ferdinandstr. 18. Grdb.  
Ohne Vaden u. Betriebsstil.

**= Pelze =**

beim Fachmann billig  
und gut!

**S. Jungnitsch**  
Kleine Plauenische Gasse 11.  
Umarbeitungen!



**Spülapparate**

Gläser, Jocher, Spülbecken,  
Schüsseln, Unterlagen, Gefäße,  
Küchengeräte, Geschirre,  
Küchengeräte, Geschirre,  
Damenbedienungsleperat.  
**Fr. Heusinger,**  
Judenhof 3,  
Bismarckstr. 110, Grdb. u. Grdb. u. Grdb.

## Achtung! Radfahrer!

Wir machen darauf aufmerksam, daß jetzt die günstigste Zeit für die Reparatur Ihres Fahrrades ist. In unserer

**Werkstatt Ferdinandstraße 9**

werden sämtliche Reparaturen an Fahrrädern aller Fabrikate gewissenhaft, schnell und preiswert ausgeführt. Wir bitten Sie, Ihr Fahrrad ab und lassen es überholen ohne besondere Kosten wieder zu. Wir übernehmen die Neu-Umreifung und Neu-Berichtung sowie Neu-Berichtung zu niedrigen Preisen und liefern jeden gewünschten Ersatz- und Zubehörteil ohne Mehrrechnung für die Einbringung. Besondere Mühe auch hinsichtlich der Kosten der richtige Zeitpunkt für die Instandhaltung Ihres Fahrrades ist.

Bedienen Sie sich unterer Fernsprechnummern: 13283 u. 12446.

**Karl Winkler** G. m. b. H.

Strußstraße 9 König-Johannstraße 19 Prager Straße 22.

Anfertigung aller

**KINDER-GARDEROBE  
HÜTE UND WÄSCHE**

Dresdner  
Kinder-Garderobe-Werkstätten

**DRESDEN-A.**  
GEORGPLATZ 1, II.

Fernsprecher 16916



# Persil

das selbsttätige **Waschmittel** von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.  
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

**Wäscht mühelos, schnell und billig!**

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF**  
auch der „Henkel“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket Mk. 7.—.















# Ab 1. Februar Inventur-Ausverkauf

in den Modeabteilungen meines Geschäftshauses.

**Damen-Winter- u. Sommermäntel - Wasch-Weil- u. Seidenkleider  
Jackenkleider - Blusen - Röcke - Mädchen- u. Knabenbekleidung  
Weil-Wasch- u. Seidenstoffe - Strumpf- und Wollwaren - Spitzen  
Kragen - Schleier - Damenwäsche - Gardinen - Bettdecken.**



**Stellenmarkt**

Sehr tüchtige bewährte Versicherungs-Gesellschaft der Lebens-Versicherung, Dresden, sucht für die Provinz tüchtige Vertreter, die in besseren Wohnorten gut verdienende Stellen zu übernehmen, sowie Vertretung gegen hohe Provisionen. Bitte Anfertigung durch Postkarte mit Lebenslauf, Photographie und Gehaltsansprüchen an: P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Vertretung**

gegen hohe Provisionen. Bitte Anfertigung durch Postkarte mit Lebenslauf, Photographie und Gehaltsansprüchen an: P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Großhändler, Exporteure**

u. Einzel-Vertreter in Teilschlachtvieh, Schweine, Geflügel, etc.

**200 Mk.**

Derlei ein neues Lager nachweislich, Preis 200 Mk. abzugeben, Berlin, Leipzig Nr. 748.

**Unverheirateter Diener**

gerüstet, Jagdschützen und Gebirgsjäger, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Zwei kräftige Buchten**

loiert gesucht, Arnoldstr. 10, 2. Mts. 1.

**Als Verwalter oder Wirtschaftler**

suche ich ein, tüchtigen, nicht unter 25 J., der mit dem nötigen Gehalt besetzt, Güterbesitzer als

**Wirtschaftlerin, Bennewitz,**

Wirtschaftlerin, Rittergut Oberwulzschwitz bei Chemnitz.

**Wirtschafts-Gebilfe**

mit allen Arbeiten vertraut, wird gesucht, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Scholar**

ohne gegenständl. Vergütung sucht Erdgericht Wittenberg, Strigo.

**Scholar**

in hiesigen Betrieb, 3. April, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wirtschaftsgehilfe**

über Schreiner für loiert, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Schlosser-Lehrling**

für loiert oder später suchen, Dr. Schebart & Hesse, Dresden, u. 5. Friedrichstr. 32, Personal-Büro.

**Wirtschafts-Beihilfe**

mit Gehalt, Jung, gegen Pensionierung gesucht für 1. März, Wünsche, Oberlsp., Rittergut Kitzsch, Post Wittenberg i. Sa.

**Fräulein**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Schöchin**

mit Hausarbeit oder einfache Stille, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Mädchen**

mit guter Familie, mit Köchinnen und Interesse für Landwirtschaft, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Borzügliche Griffenz**

bieten wir angelegenen Herren durch die Übernahme einer Bezirksvertretung. In Frage kommen landwirtschaftliche Bedarfsartikel aller Art. Verdienstmöglichkeiten unbegrenzt. Herren, denen daran gelegen ist, sich eine

**Lebensstellung**

zu verchaffen und denen ein Betriebskapital von 20.000,- zur Verfügung steht, wollen ausführliche Beschreibung an: Hans Voigt, Leipzig, Blagower Str. 20, Generaldirektion der Firma W. Wolff & Co. Berlin, für Freizitat Sachsen und Sachsen-Altenburg.

**Leiter**

der Expeditions-Abteilung für größere landwirtschaftliche Genossenschaft in Leipzig, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stenotypistin**

erf. in Stenographie und Schreinschreibe, sucht für loiert, Ernst Mürrich, Maschinenfabrik, Dresden-Trachau, Bahnhofstraße 6 (bei der Waldstraße).

**Berfahle Stenotypistin,**

auch für Kontorarbeiten (keine Anfängerin), P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**besseres Studienmädchen**

mit guten Schulpflichten, Südsüd, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

Derlei ein tüchtiges, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Best. Stäulein**

mit Koch- und Nähenkenntnis, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Fräulein**

in hiesigen Betrieb, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stellung als Scholar**

auf größerem Gute, wo er gleichzeitig Vertrauensstellung beziehen könnte. Mäßige Pensionzahlung. Off. u. P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Stütze**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Grundstücke**

in hiesigen Betrieb, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Gut**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Landhaus**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Wohnungen**

mit 1. März herab, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**haben Sie ein Schickerei?** Rufen Sie bitte sofort die Nr. 143041 bei den Verleihen mit Transport-Auto loiert zur Stelle. W. Beisert, Dresden 26, Freiburger Str. 186, Kohls. u. Pflanzbldg.

**vorzügl. Milchvieh**

hochtragend und fruchtbar, in unserer Gegend, Mahnwort Stallungen, Pirna, Waisenhausstraße, eingefahren. Gutheben neuer nur nach Ablauf der Quarantäne sehr preiswert zum Verkauf. Schickerei wird mit in Zahlung genommen.

**Emil Kästner & Co.**

Orig. Oldenb. Beyer-marck-Schafvieh. Sie mit 25 Stück besserer Rasse und Kalben, hochtragend u. mit Halbrasse, sowie 10 Stück prima Zuchtstuten (Herbststuten), im Alter von 4 bis 14 Jahren, abzugeben. Bitte loiert nach 10 tägiger Quarantäne Mittwoch, den 8. Februar, bei mir sehr preiswert zum Verkauf. Gröbe-Ries, Brunschwiler 179.

**Paul Richter.**

Großer Transport prima Läufer Schweine. Lieben preiswert zum Verkauf. K. Sluka, Coswig, Sa. Telefon 2388 Kötzenbroda.

**2 Offiziersreitpferde, Pferde-Verkauf.**

1. 10-jähriges Vollblut, lang, schön, 174 cm, schwarze, für alle Arten oder Reiten geeignet, sehr leicht angelegte, aber leichter und ausdauernde, glänzend. 2. 10-jähriges braunes, leichtes, leicht, mit aufstehenden Ohren und breiter Brust, verkauft. Rittergutsverwaltung Dahlen i. Sa. Leipzig-Tresorer Bahn.

**Reitpferde, Käufer Schweine**

Modernes Junges Schöpfer, Gummiartikel, Joppen, Militärmäntel u. -Hosen, schwarze Tuchhosen, Schuhe, Schutzhelm, Militärröcke, handtuch, ein Mittelteil bei Tager, Webergasse 33.1. Ein Teil neuer, immer eigener Kleiderschrank, Hämmer, etc., mit reich, Schöne, 1.70 in hoch, 2.10 in breit, zu verkaufen. Nischenschränke, Säulenreihe, Wetzke.

**Ballblumen, Antike Möbel,**

ganze Einrichtungen sowie schöne Einzelestücke zu kaufen gesucht. Emil Richter, Trager Str. 13, Tel. 21988. Sie loiert zu kaufen.

**Piano Flügel, Felle**

in m. Phosphorleber od. Verleihen, Curator loiert, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**3 franz. Bullen**

mit eingetragener Stammbaum, P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

**Rollwagen**

(60 Jtr.), gut erb., zu verkaufen, Magdeburger Straße 35.

**Bügel-Baelfon**

hochherzlich, mit Gummiverleihen, zu verkaufen, Magdeburger Straße 35.

**Gute Jagdbüchse**

(Waffen) mit 130 Schuss preiswert zu verkaufen, Marschallstr. 29, 1.

**Angefrorene Kartoffeln**

loiert Schinken, Bismarck, Bismarckstr. 1, Köpchenbldg.

**Kamelhaar-Decken**

sind die gesündesten Schlafdecken. Aertlich empfohlen! Garantiert echt! W. Metzler, Altmarkt.

**Platin Gold Silber**

Brillanten, Meißner Porzellane, Bronzen, Kristalle etc. Perser-Teppiche und -Brücken. Gutter, 37 Gruner Str. 37, Lad. Telefon 13331.

**Reisekoffer**

Kleiderkasten, Hüte- und Schirmkasten, Reisekoffer, Schrank, etc. P. M. 124 an die Exp. d. Bl.

Seite 10

Mittwoch, 1. Februar 1923

Mittwoch, 1. Februar 1923

Mittwoch, 1. Februar 1923

Mittwoch, 1. Februar 1923

Mittwoch, 1. Februar 1923